

Textteil zum Bebauungsplan "Diebsäcker"

- Rechtsgrundlagen
 - Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) berichtigt am 16.01.1998 (BGBl. I S. 137)
 - Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1999 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und zur Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
 - Die Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90) in der Fassung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58)
 - Die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617)
 - Bauplanungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB i.V.m. BauNVO)
 - Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Reines Wohngebiet (WR) im Sinne des § 3 BauNVO

Die in § 3 Abs. 3 BauNVO genannten Ausnahmen

- Nicht störende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienende Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke

sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 BauNVO).

Läden, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, können ausnahmsweise zugelassen werden.
 - Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
 - Höhe der baulichen Anlagen (§ 9 BauNVO)
 - Traufhöhe (TH)

Für die Wohngebäude (Hauptanlagen) wird eine maximale Traufhöhe entsprechend den Einschrieben in den Nutzungsschablonen des Lageplanes festgesetzt. Unterer Bezugspunkt ist die mit der Baugenehmigung festgesetzte Geländeoberfläche an den Traufseiten der Gebäude. Oberer Bezugspunkt ist der Schnittpunkt zwischen Außenwand und Dachstuhl.

An den Traufwänden der Gebäude müssen die Traufhöhen (TH) über mindestens 2/3 der gesamten Traufwandlängen eingehalten werden.
 - Die Trauf-/Attikahöhen von Garagen bezogen auf die Höhenlage der Zufahrt an der Garageneinfahrt darf 3,0 m nicht überschreiten. Für Doppelstockgaragen können Ausnahmen zugelassen werden. Die Festsetzungen für Garagen sind für Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO entsprechend anwendbar.
 - Grundflächenzahl - GRZ - (§ 19 BauNVO)

Es wird eine Grundflächenzahl entsprechend den Einschrieben in den Nutzungsschablonen des Lageplanes festgesetzt.
 - Geschossflächenzahl - GFZ - (§ 20 Abs. 2 - 4 BauNVO)

Es wird eine Geschossflächenzahl entsprechend den Einschrieben in den Nutzungsschablonen des Lageplanes festgesetzt. Zur Ermittlung der Geschossfläche wird über § 20 Abs. 4 BauNVO hinaus auf den Grundabschluß des Gemeinderates vom 07.12.1995 zur generellen Befreiung von Balkonen u.ä. von der Anrechnungsfähigkeit verwiesen.
 - Vollgeschosse - Z - (§ 20 Abs. 1 BauNVO)

Es wird die maximale Zahl der Vollgeschosse entsprechend den Einschrieben in den Nutzungsschablonen des Lageplanes festgesetzt.
 - Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Es wird die offene Bauweise im Sinne des § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.
 - Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die im Lageplan dargestellten Baugrenzen im Sinne des § 23 Abs. 3 BauGB definiert.
 - Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die Stellung/Gebäudeaufsprüchung (Festrichtung) der Wohngebäude/Hauptanlagen wird entsprechend den Eintragungen im Lageplan innerhalb der Bauschattal festgesetzt. Abweichungen um +/- 15° zur Optimierung der passiven Solarenergiegewinnung können von der Baurechtsbehörde zugelassen werden.
 - Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Entsprechend den Eintragungen im Lageplan werden Verkehrsflächen für den Kraftfahrzeugverkehr (mit Gehwegen, beschränkt öffentliche Wege, welche nicht der Erschließung der Baugrundstücke dienen und Fußwege festgesetzt. Die Trennung zwischen Verkehrsflächen für den Kraftfahrzeugverkehr und Gehwegen ist nicht verbindlich.
 - Versorgungsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

Für die Erstellung einer Netzzustand des Energieversorgungsunternehmens Kraftwerk Allturland AG (KAWAG) wird die im Lageplan gekennzeichnete Fläche als Versorgungsfläche festgesetzt.
 - Grünanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Entsprechend den Darstellungen im Lageplan werden private und öffentliche Grünflächen festgesetzt.
 - Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Es werden folgende Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt:

 - Private und öffentliche Grünanlagen (vgl. Nr. 2.8)
 - Stellplätze müssen in wasserundurchlässiger Bauart (z.B. Rasengrunderkies, Rasengittersteine, Schotterterrassen o.ä.) ausgeführt werden.
 - Pflanzgebote und Pflanzbindungen nach 2.11 und 2.12
 - Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
 - Es wird ein Leitungsrecht zu Gunsten des Zweckverbandes Wasserversorgung Nord-Ost-Württemberg für eine 400 mm Fernwasserleitung mit Fernmeldekabel entsprechend den Einschrieben im Lageplan festgesetzt.
 - Auf den mit LR 1 bezeichneten Flächen sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und tiefverwurzelte Bäume nicht zulässig. Ergänzend wird auf die Hinweise unter 5.5 verwiesen.
 - Es wird ein Leitungsrecht LR 2 zu Gunsten der Stadt Murrhardt zur Verlegung, dauernden Benutzung und Unterhaltung eines städtischen Abwasserkanals sowie Gas- und Wasserversorgungsleitungen entsprechend den Einschrieben im Lageplan festgesetzt.
 - Pflanzgebote (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 lt. 1 BauGB)

Pflanzgebot 1 (private Grünflächen)

Je 100 qm privater Grünfläche ist ein ortstypischer Hoch- oder Halbstammbaum, alternativ ein heimischer Laubbau zu pflanzen, auf Dauer zu unterhalten und gegebenenfalls gleichwertig zu ersetzen.

Als Bäume kommen insbesondere die in den Empfehlungen des Grünordnungsplanes (Anlage 2 zum Bebauungsplan) genannten Arten in Betracht.

Im Bereich des LR 1 dürfen keine tiefverwurzelnden Bäume gepflanzt werden. Auf die Hinweise unter 5.5 wird hingewiesen. Es gelten die üblichen Regeln der Malternakz zur Auf- bzw. Abrundung.

Pflanzgebot 2 (Hausgrünflächen)

Je 150 qm Grundstücksfläche (ohne Fläche des Wohnhauses) ist ein heimischer Laubbau oder ein ortstypischer Hoch- bzw. Halbstammbaum zu pflanzen, dauernd zu unterhalten und gegebenenfalls gleichwertig zu ersetzen.
- Salzung zur Einführung der Genehmigungspflicht von Grundstücksteilen (§ 19 Abs. 1 Satz 1 BauGB)

Die Teilung eines Grundstückes im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung (§ 19 Abs. 2 - 4 und 20 BauGB) finden Anwendung. Die Gebühren werden entsprechend dem Landesgebührengesetz in Verbindung mit dem Gebührenerzeichnis zur Verordnung der Landesregierung über die Festsetzung der Gebührensätze für Amtshandlungen der staatl. Behörden (Gebührenerverordnung - LGBVO) in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

- Als Bäume kommen insbesondere die in den Empfehlungen des Grünordnungsplanes (Anlage 2 zum Bebauungsplan) genannten Arten in Betracht.
- Im Bereich des LR 1 dürfen keine tiefverwurzelnden Bäume gepflanzt werden. Auf die Hinweise unter 5.5 wird hingewiesen. Es gelten die üblichen Regeln der Malternakz zur Auf- bzw. Abrundung.
- Pflanzgebot 3 (Straßenbischungen)
- Die Straßenbischungen der Erschließungsstraßen (Panoramaweg und Diebsäcker) sind mit Bodendeckern und Sträuchern zu bepflanzen. Die Pflanzen sind auf Dauer zu erhalten und gegebenenfalls gleichwertig zu ersetzen. Als Bodendecker und Sträucher kommen insbesondere die in den Empfehlungen des Grünordnungsplanes (Anlage 2 zum Bebauungsplan) genannten Arten in Betracht. Catonester sind nicht zugelassen.
- Pflanzgebot 4 (Fassadenbegrünung)
- Je Wohnhaus sind zwei Außenfassaden zu bepflanzen. Die Bepflanzung ist auf Dauer zu erhalten, abgängige Pflanzen gleichwertig zu ersetzen.
- Der Pflanzabstand darf maximal 2,0 m betragen.
- Es kommen insbesondere die in den Empfehlungen des Grünordnungsplanes (Anlage 2 zum Bebauungsplan) genannten Arten in Betracht.
- Pflanzgebot 5 (öffentliche Grünfläche)
- Es sind mindestens 3 heimische, ortstypische Laubbäume zu pflanzen, zu unterhalten und gegebenenfalls gleichwertig zu ersetzen.
- In Betracht kommen insbesondere die in den Empfehlungen des Grünordnungsplanes (Anlage 2 zum Bebauungsplan) genannten Arten.
- Pflanzbindungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 lt. b BauGB)
 - Pflanzbindung 1 (private Grünfläche)

Feldgehölz mit Heckenrosen, Hochstauden, Salweide und Eiche auf der privaten Grünfläche sind auf Dauer zu erhalten und bei natürlichem Abgang gleichwertig ortstypisch zu ersetzen.

Pflegemaßnahmen wie Zurückschneiden der Salweiden und Heckenrosen sowie Mahnen der Hochstauden sind nach der Blüte zulässig.
 - Pflanzbindung 2 (private Grünfläche)

Schlichthecke entlang der Siegelberger Straße, Feldhaufen, Hainbuche und Streubestand sind auf Dauer zu erhalten und bei natürlichem Abgang gleichwertig ortstypisch zu ersetzen.

Ordnungsgemäße Pflegemaßnahmen einschließlich Freihaltung des Lichtprofils zur Siegelberger Straße sind zulässig.
 - Pflanzbindung 3 (öffentliche Grünfläche)

Der Baumbestand (Winterlinde, Rotbuche, 4 Hainbuche) ist auf Dauer zu erhalten. Abgängige Bäume sind gleichwertig ortstypisch zu ersetzen.
 - Pflanzbindung 4 (öffentliche Grünfläche)

Zur Schutz des besonders geschützten Biotops Fließengingenbach mit Uferbegleitgehölz (§ 24 a Naturschutzgesetz) ist der gesamte Grünbestand auf Dauer zu erhalten. Pflegemaßnahmen sind nur insoweit zulässig, als Erhalt einschließlich natürlicher Funktionen des Biotops nicht beeinträchtigt werden.
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern zur Herstellung des Straßenkörpers (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)

Die Flächen der Privatgrundstücke, welche für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern (einschließlich Arbeitsraum) der öffentlichen Verkehrsanlagen erforderlich sind, sind im Lageplan gekennzeichnet. Über diese Flächen hinaus ist die Inanspruchnahme der Privatgrundstücke für den sogenannten Hinterbeton bis zu 30 cm Breite zu dulden.
- Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 2 BauGB)
 - Die Höhenlage der Wohngebäude (Hauptanlagen) wird durch die Festsetzung der Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) definiert. Die für das jeweilige Gelände geltende EFH ergibt sich aus dem Einschnitt im Lageplan (in den Bauschattal). Abweichungen +/- 25 cm können von der Baurechtsbehörde zugelassen werden.
 - Wird das Wohnhaus abweichend von - nicht verbindlichen - Bauschema erstellt wird die EFH in Abhängigkeit vom natürlichen Gelände im Baugenehmigungsverfahren von der Baurechtsbehörde festgesetzt.
 - Wird anstelle von 2 zulässigen Vollgeschossen nur ein Vollgeschoss ausgeführt, kann die Baurechtsbehörde Abweichungen +/- 10 m zulassen.
 - Im Bereich des Flst. 1610 wird die EFH so festgesetzt, daß sie im (Gebäudegeschosspunkt) 1,0 m über dem natürlichen Gelände liegt. Abweichungen +/- 25 cm können von der Baurechtsbehörde zugelassen werden.
- Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind - soweit es sich um Gebäude handelt - nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen können Wintergärten von der Baurechtsbehörde zugelassen werden.
- Von der Bebauung freizuhaltende Flächen - Sichtfelder - (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

Die im Lageplan eingezeichneten Sichtfelder sind von jeder sich behindernden Bebauung, Bepflanzung, Einfriedigung und Benutzung in einer Höhe ab 0,6 m freizuhalten.

Hinweis:

Hier von ausgenommen ist die mit Pflanzbindung 3 geschützte bestehende Rotbuche.
- Örtliche Bauvorschriften (§ 74 LBO)
- Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)
- Dachform
- Für Wohngebäude (Hauptanlagen) wird Satteldach oder Walmdach festgesetzt. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO können, soweit es sich um Gebäude handelt, mit Sattel-, Walmdach, oder begrüntem Flachdach erstellt werden. Freistehende Garagen müssen mit Satteldach, Walmdach oder begrüntem Flachdach versehen werden. An Wohngebäude angebaute Garagen können mit Pultdach erstellt werden.
- Dachneigung
- Für die Wohngebäude wird eine Dachneigung entsprechend den Einschrieben in den Nutzungsschablonen im Lageplan festgesetzt.
- Dachaufbauten
- Die Zulässigkeit von Dachaufbauten ergibt sich aus der vom Gemeinderat am 13.12.1990 beschlossenen und am 09.05.1991 in Kraft getretenen "Dachaufbaumaßnahme".
- Anforderungen an die Gestaltung unbebauter Flächen bebauter Grundstücke (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Geländeveränderungen mit mehr als 1 m Höhendifferenz gegenüber dem natürlichen Gelände sind unzulässig.
- Einfriedigungen (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Entlang der öffentlichen Verkehrsflächen sind Einfriedigungen bis zu einer maximalen Höhe von 1,0 m ab überkante Verkehrsfläche zulässig.
- Verbot von Niederspannungsfreileitungen (§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO)

Niederspannungsfreileitungen sind im gesamten Bebauungsplangebiet unzulässig.
- Anlagen zum Sammeln und Verwenden von Niederschlagswasser - Zisternen - (§ 74 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

Das Niederschlagswasser der Dächentwässerung soll mit dem Ziel der Einsparung von Trinkwasser gesammelt und für die Gartenbewässerung genutzt werden. Je 1 qm versiegelte Grundstücksfläche wird eine Sammelbehältermindestgröße von 5 l vorgeschlagen. Soll eine anderweitige Nutzung des Wassers innerhalb des Hauses erfolgen, muß ein Wasserzähler eingebaut werden. Auf die Regelungen der städtischen Abwasserentsorgung wird verwiesen.
- Salzung zur Einführung der Genehmigungspflicht von Grundstücksteilen (§ 19 Abs. 1 Satz 1 BauGB)

Die Teilung eines Grundstückes im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung (§ 19 Abs. 2 - 4 und 20 BauGB) finden Anwendung. Die Gebühren werden entsprechend dem Landesgebührengesetz in Verbindung mit dem Gebührenerzeichnis zur Verordnung der Landesregierung über die Festsetzung der Gebührensätze für Amtshandlungen der staatl. Behörden (Gebührenerverordnung - LGBVO) in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

- Hinweise
- Bodenfunde (§ 20 Denkmalschutzgesetz)

Bei den Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des 4. Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 Denkmalschutzgesetz wird verwiesen.
- Grundwasserschutz
- Maßnahmen, bei denen, ausgehend von der hydrogeologischen Erkundung, aufgrund der Tiefe des Eingriffs in den Untergrund mit Grundwasserfreileitungen gerechnet werden muß, sind der unteren Wasserbehörde rechtzeitig vor Ausführung anzuzeigen.
- Jede Grundwasserleitung im Zuge einer Baumaßnahme bedarf, unabhängig von der Menge und Dauer, der behördlichen Zustimmung. Das Einlegen von Dränagen zur Dauerhaften Grundwasserableitung ist nicht zulässig.
- Bodenschutz
- Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bodenschutzgesetzes, insbesondere auf § 4 wird hingewiesen. In diesem Sinne gelten für jegliche Bauvorhaben die getroffenen Regelungen zum Schutz des Bodens (siehe auch Hinweisblatt: Bodenschutz bei Baumaßnahmen).
- Auf einen Schwarzanstrich der in den Untergrund einbindenden Gebäude-teile soll aus Umweltgründen verzichtet werden. Werden bei Erdverunreinigungen Untergrundverunreinigungen festgestellt, so ist das dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Umweltschutzamt (Fachbereich Technik) sowie dem Gesundheitsamt mitzuteilen.
- Biopschutz
- Bei dem Fließengingenbach mit Uferbegleitgehölz handelt es sich um einen besonders geschützten Biotop im Sinne des § 24 a Naturschutzgesetz. Sämtliche Handlungen, die geeignet sind den Biotop einschließlich seiner Funktionen zu beeinträchtigen, sind zu unterlassen (vgl. Pflanzbindung 4).
- NÖW-Fernwasserleitung (Leitungsrecht 1)

Auf den Grundstücken dürfen im Bereich des Schutzstreifens der Leitungsanlagen des Zweckverbands Wasserversorgung Nord-Ost-Württemberg (NÖW) keine Gebäude erstellt oder erweitert werden. Auf den Grundstücken dürfen generell keine Anlagen, Einrichtungen oder Vorrichtungen erstellt, geschaffen oder geduldet werden, die den Bestand oder den Betrieb NÖW-Anlagen gefährden könnten.

Planung, Herstellung und Veränderung von Gebäuden, Einrichtungen, Leitungen und Anlagen auf dem Grundstück sind mit dem Zweckverband Wasserversorgung Nord-Ost-Württemberg, Blaubeurer Straße 23, rechtzeitig abzustimmen.

Innerhalb des Schutzstreifens der NÖW-Anlagen sind Geländeänderungen (Aufschüttungen oder Abgrabungen, auch zeitlich begrenzte Lagerungen von Erd-, Bau- oder sonstigen Material) nicht erlaubt. Insbesondere das Herstellen oder Ändern von Böschungen, Stützmauern, Treppenanlagen, Fundamenten für Zäunanlagen, Terrassen, Hofbefestigungen, Park- und Stellplätzen, Lagerflächen, Gartenhäusern, Geräteschuppen, Gartenleichen und dergleichen, bedarf vor deren Ausführung der Genehmigung der NÖW.

Bepflanzungen sind mit der NÖW abzustimmen. Hierzu werden die NÖW-Anlagen vor Ort durch die NÖW kostenlos abgesteckt und die Art und der Umfang der Pflanzung mit dem Grundstückseigentümer festgelegt.

Der ungehinderte Zugang zu den Leitungsanlagen der NÖW ist den von der NÖW beauftragten Person zu jeder Tages- und Nachtzeit zu gestatten.
- Werden entgegen diesen Regelungen Anlagen der NÖW in ihrem Bestand oder Betrieb gefährdet, muß der Grundstückseigentümer mit der kostenpflichtigen Herstellung des ursprünglichen Zustandes rechnen.
- Diese Regelungen gelten jeweils auch für Mieter, Pächter und sonstige Nutzungsberechtigte des Grundstücks, insbesondere auch für die jeweiligen Rechtsnachfolger im Grundeigentum oder Grundbesitz.
- Für Rückfragen und Auskünfte steht die Technische Betriebsleitung der NÖW (Tel. 07951/481-0) in 74564 Crailsheim, Blaubeurer Straße 23, gerne zur Verfügung.
- Schallschutz
- Im Hinblick auf einen späteren Ausbau der Siegelberger Straße (K 1901) sowie der Karnberger Straße (K 1906) wird den Bauherren anheim gestellt, insbesondere für die Gebäude im westlichen und nördlichen Planbereich den Einbau von Schallschutzfenstern zu prüfen.
- Anlagen
 - Hydrogeol. Erkundung des Büros für geol. Ingenieurleistungen (Geol. Berater-Service) vom 25.10.1995
 - Grünordnungsplan "Diebsäcker" mit Empfehlungen für Pflanzgebote und Pflanzbindungen sowie Bestandsplan vom 20.01.1998
- Murrhardt, den 20.01.1998/23.04.1998
- Baurechtsamt
- Schmidt
- Ausfertigungs- und Verfahrensvermerke
 - Ausfertigungsbescheid (§ 2 Abs. 1 BauGB) 28.01.1993
 - Ausfertigungsbescheid ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB) durch die Murrhardter Zeitung am 06.02.1993
 - Vorgezogene Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) 24.04.1995-15.05.1995
 - Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) 12.04.1995-12.05.1995
 - Auslegungsbescheid (§ 3 Abs. 2 BauGB) 06.11.1997
 - Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB) durch die Murrhardter Zeitung am 30.01.1998
 - Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange (§ 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB) am 30.01.1998
 - Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) 10.02.1998 - 10.03.1998
 - Beschluß über die eingegangenen Anregungen (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB) am 23.04.1998
 - Satzungsbescheid (§ 10 Abs. 1 BauGB) 23.04.1998
 - Genehmigung (§ 10 Abs. 2 BauGB) durch das Landratsamt Rems-Murr-Kreis mit Erlaß vom 23.04.1998
 - Als Satzung zum Zwecke der ortsüblichen Bekanntmachung ausgefertigt am
 - Ortsübliche Bekanntmachung der Genehmigung in der Murrhardter Zeitung (§ 10 Abs. 3 BauGB)
 - Inkrafttreten des Bebauungsplanes (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB)
 - Ausfertigungsvermerk
- Dieser Bebauungsplan ist in der vorliegenden Fassung vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 23.04.1998 als Satzung beschlossen und mit Erlaß des Landratsamtes vom AZ genehmigt worden. Hiermit wird die ortsübliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB angeordnet.
- Murrhardt, den
- Ulrich Burr, Bürgermeister